

Adressendient

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW61, Dreißendstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 4. Dezember 1929

Nummer 97

Bundesausschussung des ADDB.

Am 25. November d. J. trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner vierten Tagung seit dem Hamburger Gewerkschaftskongress im vorigen Jahre zusammen. Nach einem kurzen Bericht über den Unfall, den Theodor Weipart am 14. Oktober d. J. erlitten hat, hielt Dr. Hans Wilbrandt das Wort zu einem Referat über „Agrarprobleme und landwirtschaftliche Produktivität“, von dem nachstehender Auszug Beachtung verdient.

Bei der Behandlung der Agrarprobleme steht die Zollfrage meist im Vordergrund. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich in seinem Wirtschaftsprogramm grundsätzlich für allmählichen Zollabbau eingesetzt. Für den Augenblick ist aber an Abbau der Agrarzölle gar nicht zu denken. Die Aufgabe kann vielmehr nur sein, die Zollpolitik in eine vernünftige Richtung zu lenken. Vor dem Kriege setzte sich die Arbeiterschaft, die Verbraucherschaft, für Aufhebung der Agrarzölle ein. Die Landwirtschaft plädierte für den lückenlosen Zolltarif. Die Vorkriegsauffassung der Arbeiterschaft war im Grunde von liberalen Anschauungen bestimmt; sie entsprach weniger planwirtschaftlichen Gedankengängen. Heute steht die Arbeiterschaft nicht mehr auf diesem strikt ablehnenden Standpunkt. Die Frage der Zölle ist nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern sie muß von Fall zu Fall geprüft werden.

In einigen Beispielen erörterte der Referent die Gründe, um derenwillen die Frage der Agrarzölle nicht schematisch mit ja oder nein beantwortet werden kann. Ein lückenloser Zolltarif auf die landwirtschaftlichen Produkte komme unter keinen Umständen in Frage. Der leitende Gesichtspunkt bei der Beurteilung zollpolitischer Maßnahmen muß sein, ob sich mit ihnen eine für die Verbraucherschaft günstige Preisbildung erzielen läßt, ob Zwischenhandelsgewinne eingebremst werden können. Ein interessantes Beispiel dafür, daß eine solche günstige Beeinflussung möglich ist, bietet die Regelung der Zuderzölle. Der Zoll ist zwar verhältnismäßig hoch, aber eine Überhöhung der deutschen Zuderpreise ist durch Einschränkung einer Verbraucherschutzbestimmung unmöglich gemacht worden. In anderen Fällen zeigt es sich, von wie geringem Einfluß die Zölle auf die Preisbildung sind. Die hohen Schweinezölle, die wir in Deutschland haben, führen zwar zu einer Verteuerung der Schweinepreise, wenn das Angebot knapp ist, sie haben aber nicht die Möglichkeit, Katastrophen von solcher Art, wie sie vor anderthalb Jahren durch den Sturz der Schweinepreise eingetreten sind, zu verhindern. Trotz der hohen Rinder- und Rindfleischzölle ist das Preisniveau für Rinder niedrig, weil auf die Preisbildung allein das deutsche Angebot einwirkt; die Zölle haben in diesem Falle gar keine preisbildende Bedeutung. Ebenso liegt es bei der Kartoffel, da Deutschland sich bis zu 99 Proz. selbst mit Kartoffeln versorgt. Bei den Getreidepreisen dagegen ist es anders. Sie erhöhen sich je nachdem, ob eine starke Getreideimport notwendig wird oder nicht. Dabei ist übrigens zu beachten, daß die Kleinhandelspreise den Erzeugungspreisen nur langsam oder nicht vollständig folgen. Die angeführten Beispiele zeigen, daß eine schematische Zollpolitik nicht möglich ist.

Als Beispiel für Getreidezölle hatte z. B. die sozialdemokratische Partei in diesem Jahre ein Getreidemonopol vorgeschlagen, das die Schwankungen der Getreidepreise verhindern sollte. Es hat sich aber gezeigt, daß die politischen Voraussetzungen für die Einigung der Parteien auf eine solche Maßnahme noch nicht bestehen. Die Regierung hat in den letzten Tagen ein Programm vorgelegt, in dem sie an Stelle der strengen Zölle ein Gleitollsystem in Vorschlag bringt, das heißt, verstärkten Zollschutz bei übermäßig niedrigen Getreidepreisen, Abbau des Zollschutzes bei erhöhten Preisen. Gegen diese Vorschläge ist grundsätzlich wenig einzuwenden; wesentlich wird aber sein, die Nichtpreise, die das Programm vorsieht, herabzusetzen. Die Nichtpreise sind zwar nicht höher als die Seinerzeit von den Arbeitervertretern vorgesehene Monopolspreise; letztere waren aber Höchstpreise, sie sind infolgedessen mit den von der Regierung vorgeschlagenen Nichtpreisen nicht auf gleiche Stufe zu setzen. Die Herabsetzung der Nichtpreise ist sowohl beim Weizen wie beim Roggen notwendig. Beim Roggen ist es außerdem wichtig, den Einfuhrpreis auf den niedrigsten Gleitollsatz stabil festzusetzen. Die Regierung zieht es vor, die Roggenpreise auf diesem Wege niedrig

zu halten, um die Verfütterung von Roggen bei der Schweinemast in Nordwestdeutschland (an Stelle ausländischer Futtergerste) zu ermöglichen. Eine Erhöhung des Futtergerstenzolles dagegen lehnt die Regierung ab. Für den Ost-West-Transport des Roggens werden Reichszuschüsse gegeben.

Die Landwirtschaft überschätzt die Bedeutung der Zölle als Grundlage ihrer Rentabilität. Man darf im übrigen nicht außer acht lassen, daß man das, was man der Landwirtschaft gibt, der städtischen Bevölkerung nehmen müßte, das heißt, daß in dem Maße, wie die Kaufkraft der Landwirtschaft auf diese Weise hochgetrieben wird, die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung sinkt.

Welche Faktoren haben auf die heute prekäre Lage der Landwirtschaft eingewirkt? Die Inflation, die für die Entschuldung der Landwirtschaft überaus günstig war, ist von den meisten Landwirten nicht benutzt worden, ihre Betriebe auf eine gesunde Produktionsbasis zu stellen. In der Deflation konnten nur diejenigen Landwirte ihren Betrieb rentabel gestalten, die so sparsam wie möglich wirtschafteten. Tatsächlich haben viele Landwirte damals große, hochverzinsliche Kredite aufgenommen; nachher war ihnen die Begahlung der Zinsen unmöglich; die Betriebe gerieten in Schulden. Viele tausende Hektar kamen zur Zwangsversteigerung. Zahlenmäßig sind selbstverständlich unter den verfallenen Betrieben viel mehr Kleinbetriebe; nach der zwangsversteigerten Fläche dagegen ist der Anteil der Großbetriebe höher, besonders in Ostelbien. Das liegt in der Natur der Sache. Die Besitzer von Großbetrieben waren viel eher in der Lage, Kredite aufnehmen zu können; die Bauern konnten leichter persönliche Ersparnisse machen. Immerhin ist es nur ein relativ kleiner Teil von Großbetrieben, denen es wirklich schlecht geht. Derselbe Teil ist allerdings auf keine Weise zu helfen. Ihre Betriebe müssen den Besitzer wechseln. Mit am schlechtesten ist die Lage in Ostpreußen. Aber auch dort sind über 100 bis 150 Proz. des steuerlichen Einheitswertes nur 10 bis 15 Proz. der Großbetriebe verschuldet, über 150 Proz. nur 6 Proz. Es ist daher falsch, wenn behauptet wird, die ganze Landwirtschaft befinde sich in ungeheurer Notlage. Diese Notlage besteht in der Hauptsache nur in Ostelbien und nur bei einem Teil der Betriebe.

Im ganzen hat sich die Lage der Landwirtschaft gehoben. Ein Zeichen dafür ist schon die Zunahme der Spareinlagen bei den Genossenschaften; ebenso die Zunahme der Beträge, die für Düngemittelkäufe ausgegeben wurden. Freilich hat sich im ganzen die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft, also des Großteils der ländlichen Bevölkerung, nach dem Kriege nicht in gleichem Maße gehoben wie die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung. Der Produktionswert der Betriebe und entsprechend die Kaufkraft wird etwa um 20 bis 30 Proz. über dem Vorkriegsniveau liegen, nicht etwa nur um 10 bis 15 Proz., wie behauptet wurde. Auch die Meinung, daß der bäuerliche Arbeitslohn zum Teil nicht einmal die Sätze der Arbeitslosenunterstützung erreiche, ist unfaßbar.

Durch überspannte Zollpolitik ist die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft keinesfalls zu heben. Es sind ja gar nicht die niedrigen Preise, welche die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft schwierig gestalten. Die Ursache ist meist einfach die Rückständigkeit der bäuerlichen Betriebe. Das landwirtschaftliche Bildungsweesen steht in Deutschland noch im Anfang der Entwicklung. Nur ein kleiner Teil der Bauern hat landwirtschaftliche Schulung genossen; vor dem Kriege waren es nur 2 bis 3 Proz., nach dem Kriege hat sich der Prozentsatz erhöht. Die Schulung der Landwirte ist für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität von größter Bedeutung. Angenommen, daß die deutschen Bauern geschulte Landwirte wären, so könnte die Feldproduktion um mehrere Milliarden gesteigert und ihre Produkte verbilligt werden; eine Einfuhr von Lebensmitteln würde sich dann erübrigen. Auch die Milchherzeugung ließe sich um 50 bis 100 Proz. steigern. Diese Steigerung würde gleichzeitig eine Senkung der Produktionskosten zur Folge haben, die sich ungefähr auf eine Milliarde belaufen würde. Bei rationeller Fütterung könnte die Schweinemast erheblich verbilligt, der Verbrauch gesteigert werden. In Anbetracht der starken Konjunkturschwankungen, der die Schweinepreise unterliegen, wäre das eine wie das andre von großer Bedeutung. Ähnlich liegt es bei der Hühnerzucht.

Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswezens, Ausbau der staatlichen Beratungs- und Kontrolltätigkeit — in einem Wort: Rationalisierung der Landwirtschaft: das sind die Hauptmittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität. Diese Rationalisierung hat gegenüber der Rationalisierung in der Industrie den Vorteil, daß sie keine Menschen freisetzt. Es kommt auf die Modernisierung der Landwirtschaft durch unmittelbare die Produktion fördernde Maßnahmen an.

Zu eingehenden Ausführungen gab dann Dr. Lomberg eine Schilderung der modernen Landwirtschaft auf betriebswirtschaftlicher Grundlage. Er brachte eine Reihe von Beispielen aus seiner Praxis, die erläuterten, welche Möglichkeiten noch für die Landwirtschaft bestehen, ihren Betrieb betriebswirtschaftlich kalkulatorisch zu durchdringen. Mit dem ökonomischen Grundlag: „Versuche jede Produktionseinheit mit dem möglichst geringsten Aufwand an Kapital und Arbeit herzustellen“, muß endlich einmal in der Landwirtschaft Ernst gemacht werden. Nach seiner Meinung gibt es unter den vier Millionen Betriebsleitern vielleicht einige hundert solcher führenden Köpfe, die sowohl betriebswirtschaftliche, kaufmännische und organisatorische Kenntnisse in ihrer Person vereinigen. Der Reichsstaat muß das Hauptwirtschaftsinstrument des Landwirtes werden, und er muß überhaupt in seinen ganzen Anschauungen mehr und mehr von der Landbanpolitik abstrahieren — die in der Regel nur eine Politik der Rückständigkeit und der verfallenen Gelegenheiten war — und muß zu einer vernünftigen modernen Wirtschaftsauffassung kommen. Weil ein Mangel an Kapital besteht, darf man auch für den Bodenpreis nur so viel bezahlen, daß er sich nach Abzug aller Grundsteuern und Laften kapitalmäßig mit mindestens 7 Proz. verzinst. Die Bodenpreise sind weit über die wirtschaftlich gerechtfertigte Höhe emporgewachsen, was verschiedene Ursachen hat: 1. die Inflation — vom Staate künstlich gesteigerte Nachfrage nach Boden —; 2. der Landhunger der Bauern und der Selbstbedürftigkeit der Bauernhöfe; 3. die hohe soziale Geltung, die speziell vor dem Kriege mit dem Erwerb eines Rittergutes verbunden war; 4. aus Gründen der Erbfindung wird das Gut oft überbezahlt, wenn es viele Generationen in der Familie war. Zweifelloser ist dieser Wert des Bodens heute in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden; er steht nur in der landwirtschaftlichen Betriebskalkulation zu Buche. Ein Grund dafür, daß sein buchnäßig vielerorts in den Betrieben Verluste errechnet werden. Der Bodenwert hat sich durch unsere ganze Vorkriegsagrarpolitik in den zwanzig Jahren bis 1914 durchschnittlich im Wert verdoppelt bis verdreifacht. Deswegen ist es ein Übel, wenn der Landwirt diese in Wirklichkeit gar nicht mehr bestehenden Bodenwerte von vor dem Kriege seinen Reinertragsberechnungen zugrunde legt, wenn er den Bodenwert eines Gutes, der damals 500 000 M. betrug und heute vielleicht auf die Hälfte abgesunken ist, in der damaligen Höhe weiterbestehen läßt und auch für diesen Wert eine ausreichende Verzinsung haben will. In diesem Mißverhältnis zwischen Reinertrag und Bodenwert ist der letzte Grund für die errechnete geringe Rentabilität der deutschen Landwirtschaft zu suchen. Der einzige Wertmesser der Erträge muß der Kapitalaufwand sein. Mit der trügerischen Beurteilung der Flächenerträge und den Ertrag des Kapitalaufwandes zum Barometer unserer Wirtschaftsführung ist Schluss zu machen.

Da die Agrarpolitik mit Maßnahmen arbeitet, die erst nach einem Zeitraum von mehreren Jahrzehnten sich auswirken, ist es sehr wichtig, daß man in der Agrarpolitik keine Irrwege geht, deren katastrophale Folgen erst viel später zur Geltung kommen. Wenn auch Veresobee der praktischen Agrarpolitik viel neue Impulse gegeben hat, auch neue wertvolle Wege wies, so hat andererseits eine Reihe von Veresobees Vorschlägen in der Öffentlichkeit und auch in der Wissenschaft zahlreiche Entgegnungen gefunden, die die praktische Durchführbarkeit bezweifeln und gleichzeitig auf die große Gefahr dieser Idee hinweisen. Der weitläufige Agrarpolitiker muß vor allen Dingen dafür Sorge tragen, daß die zu erstrebende Wirtschaftsstruktur der zukünftigen Zeit entspricht. Andernfalls würde man rückwärtsschrittliche Ziele verfolgen und damit gewaltige Energien nutzlos vergeuden.

In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Siedlung von Kleinbäuerlichen Existenzen ein und brachte

die volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Seite dieses Problems zur Erörterung. Die Fragestellung war hier nach der optimalen Betriebsmöglichkeit hinsichtlich der Verwendung von Kapital und Arbeitskraft auch unter dem Gesichtspunkte der weltwirtschaftlichen Eingliederung der deutschen Volkswirtschaft. Er wies darauf hin, daß die heutige Betriebsgrößenerzielung ein Produkt zoll- und steuerpolitischer Beeinflussung sei, wodurch man eine freie Entwicklung in den letzten Jahrzehnten völlig ausgeschaltet hat. Weiter ging der Redner auf die Verhältnisse in der außerdeutschen Landwirtschaft ein und führte vor allem Dinge die Strukturwandlungen in der amerikanischen und russischen Landwirtschaft vor Augen. Hier ist klar und deutlich die Tendenz auf Vergrößerung der Betriebe festzustellen. Der Redner betonte die wirtschaftliche Untertugend des Kleinbetriebes, die in der Landwirtschaft genau so ihre Gültigkeit hat wie in anderen Gewerben. Er kam zu der Schlussfolgerung, daß die Landarbeiter von der zukünftigen Entwicklung der Technik verlangen, daß sie die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft in ständig steigendem Maße gestatte. Andernfalls würde ein großer Teil ihrer fähigsten Menschen in die Industrie abwandern. Ein besonders schmerzlicher Verlust, das gerade in Zukunft tüchtige Qualitätsarbeiter dringlicher als bisher gebraucht werden. Der Lebensstandard der landarbeitenden Bevölkerung müsse dem der städtischen angeglichen werden: erstens aus Gründen der Eindämmung der Landflucht, damit die Landarbeiter ihre städtischen Berufskollegen nicht unterbieten; zweitens, um den deutschen Binnenmarkt zu stärken, eine Wirtschaftsfrage, die ständig an Bedeutung zunehme.

In der Diskussion erinnerte Eggert daran, daß die Ursache für die ungünstige Lage eines Teiles der deutschen Landwirtschaft darin zu suchen sei, daß eine Differenz ausgingen der Landwirtschaft zwischen ihren Einnahmen, d. h. den Preisen für landwirtschaftliche Produktionsmittel, bestimme. Der geringe Erlös des landwirtschaftlichen Produzenten für seine Ergebnisse habe jedoch keinen Grund in der übersehenen sozialistischen, mit überhöhten Zwischengewinnen belasteten Organisation des Absatzes. Ferner mangelte es an ausreichender Ertragsigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, welchem Mangel nur durch rationale Gestaltung der Produktionsmethoden abgeholfen werden kann. Durch Vollzeitergebnisse könne diesem nicht begegnet werden. Wir haben aber ein großes Interesse daran, daß größere Preisbewahungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die den Haushalt der Arbeiterklasse unterstützen, unterbleiben. Wenn die geplanten gleichenden Pläne ein wirksames Mittel dagegen seien, so sei diesem Zweck zugestimmt. Auch alle übrigen Mittel zu diesem Zweck müßten die Gewerkschaften objektiv prüfen. Wenn nun aber die Landwirtschaft das erste Bemühen zeigt, die Erzeugnisverhältnisse durch Standardisierung und Rationalisierung zu verbessern, so müsse ihr dabei geholfen werden, sofern eine Unterfütterung der Landwirtschaft ohne Belastung der Verbraucher möglich ist.

Georg Schmidt forderte, daß auch die Gewerkschaften, namentlich auch ihre Presse, dem Aufsturm der „Grünen Front“ größere Aufmerksamkeit zuwenden. Und zwar durch Zurückweisung übertriebener Behauptungen über die Not der Landwirtschaft, aber auch durch ernsthafte Prüfung berechtigter Klagen. Zahlen über Sparlassensbestände in landwirtschaftlichen Gebieten sowie über Einlagen bei landwirtschaftlichen Genossenschaften beweisen, daß die Notlage der Landwirtschaft vielfach übertrieben dargestellt wird. Auch die Angaben über die Verschuldung der Landwirtschaft dürfen nicht kritiklos hingenommen werden. Schmidt warnte dringend vor gewagten Siedlungsexperimenten und führte Beispiele für manchen Mißerfolg im Siedlungswesen an. Grund und Boden, der im Besitz der öffentlichen Hand sei, müsse dort verbleiben; die Forderung, der preußische Staat möge seinen Domänenbesitz für Siedlungszwecke zur Verfügung stellen, sei juristisch unzulässig. Wenn man jedoch alle Übertreibungen in Rechnung setzt, so bleibt ein Rest von berechtigten Klagen über die Mängel der Umstände, denen die Landwirtschaft gegenübersteht. Auch Schmidt beantwortete eine Regelung der Roggenverbrauche mit dem Ziel, daß der Roggen, der in Deutschland erzeugt wird, innerhalb der Grenzen auch Verwendung findet.

Grämann schloß die Diskussion mit dem Bemerken, die Erörterung habe gezeigt, daß die Gewerkschaften genötigt sind, sich mit den Problemen eingehend und dauernd zu beschäftigen. (Schluß folgt.)

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat
Sitzung der Sekretariatskommission
vom 21. November 1929

In Ausführung eines Schreibeins des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurden zwei angeschlossene Verbände um Auskunft darüber ersucht, weshalb sie ihrer dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentrale nicht angeschlossen seien. Die Antwort liegt noch aus. Sobald letztere eintrifft, soll dem Internationalen Gewerkschaftsbund Mitteilung gemacht werden von der Tatsache, daß trotz seiner und der Aufforderung des Sekretariats bisher keine Meldung eingetroffen sei seitens der englischen Bucharbeiterverbände und daß kein Anhaltspunkt vorliegt, weshalb diese Verbände den Anschluß an das Internationale Buchdruckersekretariat nicht einmal in

Erwägung ziehen. Die Kommission beglückte dieses Vergehen.

Die mit dem Sekretariat des Internationalen Lithographenbundes gewechselte Korrespondenz wurde zur Kenntnis genommen und der Tatsache volles Verständnis entgegengebracht, daß zum Internationalen Kongress in Prag vom 24. bis 28. November umständlicher keine Einladungen ergehen. Das Sekretariat hat dem interimsistischen internationalen Sekretär der Lithographen Mitteilung gemacht von dem Wunsch zur engeren Zusammenarbeit der drei graphischen Internationalen, was von der Kommission beglückt wurde.

Die Tarifverhandlungen in der Tschechoslowakei sind in vollem Gange. Günstigkeit ist nun seitens der Arbeitervertretung auch das Verlangen auf Revision der Tarifbestimmungen gestellt worden. Die Kommission nahm mit Befriedigung von guten Stande der Bewegung Kenntnis.

Der dänische Typographenbund machte Mitteilung von der Kündigung (auf 1. Februar 1930) des für Kopenhagen geltenden Tarifs. Es sollen Forderungen gestellt werden auf Anpassung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die heutigen Verhältnisse. Die Kommission sieht auch dieser Bewegung mit Vertrauen entgegen.

Der glückliche Abschluß der Tarifverhandlungen für Cliché-Rohrdrucker geht aus dem Organ dieses Ganges hervor.

Die Verschmelzung von zwei auf dem Boden des Internationalen Buchdruckersekretariats stehenden Verbänden in Bulgarien wurde durch die Kommission lebhaft begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, es möge dies für die Hebung der Bucharbeiterbewegung in Bulgarien von Dauer sein.

Das Aufnahmegericht der Sechsmaschinenarbeiter-Vereinigung von Buenos-Aires wurde zwecks weiterer Klärung und Einholung weiterer Erundigungen bis zur nächsten Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission zurückgestellt.

Es wurden Anordnungen getroffen für die Herausgabe der „Mitteilungen“ in vollständig neuem Gewande von 1930 an. Bei dieser Gelegenheit sollen die Verbandsvorstände befragt werden, ob die bisher ihrem Verbandszugehörigen Anzahl Exemplare genügend sei und ob nicht im Sinne einer besseren Verbreitung der internationalen Nachrichten eine Erhöhung der Anzahl angebracht sei.

Die Berichterstatter über den Kongress des spanischen Verbandes in Santander vom 10. bis 15. September wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und die dort seitens des internationalen Sekretärs getanen Äußerungen als im Sinne der Beschlüsse unserer Internationale gehalten begrüßt.

Die Verbände von Deutschland und der Schweiz teilten mit, daß sie mit ihren Prinzipalsorganisationen wegen des Austausch jütiger Gehilfen in Verbindung getreten seien und daß trotz der sich zeigenden Schwierigkeiten die Angelegenheit weiter verfolgt werden soll.

Dem Vernehmen nach soll die Geschäftsführung der Prinzipalsinternationale demnächst vom Deutschen Buchdrucker-Verein übernommen werden.

Schweiz. Das Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes wandte sich durch Vermittlung des Internationalen Buchdruckersekretariats an die diesen angeschlossenen Verbände mit der Bitte, ihren Mitgliedern den Treue Arbeitsannahme in der Schweiz von folgender Warnung Kenntnis zu geben: „Die Gegenstückelverträge enthalten eine Bestimmung, wonach die Kollegen verpflichtet sind, sich vor Konditionsannahme in einem andern Verbandsgebiet bei den zuständigen Funktionären zu erkundigen. Leider gibt es immer noch Kollegen, welche sich über diese Vorschrift gleichgültig hinwegsetzen, ohne daran zu denken, daß ihnen daraus großer Schaden entstehen könnte. Um in der Schweiz arbeiten zu können, ist eine Aufenthaltserlaubnis erforderlich. Es sind aber auch in der letzten Zeit wieder mehrere Fälle vorgekommen, wo Kollegen vom Ausland her in der Schweiz in Kondition traten ohne sich erkundigt oder die vorgeschriebene Aufenthaltserlaubnis eingeholt zu haben. Weil in der Schweiz gegenwärtig eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit herrscht, sind die Vertreter des Bundes bald nach ihrer Zurückkunft aufgefordert worden, den Ort und ihre Kondition wieder zu verlassen. Die Behörden werden diese Praxis schon deswegen auch in Zukunft beibehalten, weil sie dann ihre Arbeitsstellen an Ort besser unterbringen und ihre Subventionen schonen können. Wir müssen also die ausländischen Kollegen in ihrem eignen Interesse dringend davor warnen, in der Schweiz Kondition anzunehmen, ohne sich bei den zuständigen Funktionären erkundigt und eine Aufenthaltserlaubnis eingeholt zu haben. Nur dann werden ihnen schwere Enttäuschungen erspart bleiben.“

Polen. Dem Hektarsteller der polnischen Presse entsetzt wiederum unangenehme Dienste. Die Kattowitzer „Gazeta Robotnicza“ hat seinerzeit einen „Offenen Brief“ veröffentlicht, in dem behauptet wurde, daß die Schriftleitung des „größten“ (d. h. verbreitetsten) polnischen Blattes, des Krakauer „Ilust. Karjer Codzienny“ sich an den Wojewoden um Erteilung einer Subvention gewandt habe. Die Tatsache selbst konnte das Blatt nicht leugnen, dafür nahm es aber Anlaß, den Verfasser des Offenen Briefes auf die schimpflichste Art zu beleidigen. Der Beleidigte wurde gegen den verantwortlichen Re-

dakteur klagbar, der darauf zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Das Berufungsgericht verwandelte die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 140 Zloty. — Gegen den „Ilust. Karjer Codz.“ ist vom Woiwodspräsidenten in Danzig das Strafverfahren wegen Beleidigung beantragt worden, weil das Blatt behauptet hatte, daß sich in Danzig mit Wissen und unter Duldung der Polizeibehörden eine Spionagezentrale gegen Polen befände. — Das Zentralorgan der polnischen sozialistischen Partei, der „Robotnik“ in Warschau, hat gegen den dortigen Polizeihauptmann beim Staatsanwalt des Warschauer Bezirksgerichts eine Klage eingereicht, weil die Drucker des Blattes am 31. Oktober von 5 Uhr nachmittags bis 7 1/2 Uhr abends polizeilich besetzt gehalten wurde, um die Herstellung einer Extrausgabe zu verhindern, in der der Bevölkerung von der Offiziersdemonstration im Sejm Mitteilung gemacht werden sollte. — Unter der Überschrift „Tragödie des Kindes eines Pseudomoralisten“ veröffentlichte die „Gazeta Slonska“ einen Artikel, in dem Kosjanty und dessen Tochter in ordinärer Weise angegriffen wurden. Der Schwiegersohn des Kosjanty sowie dieser selbst strengten gegen das Blatt Klage an. Der verantwortliche Redakteur desselben wurde zu einem Monat Gefängnis, 1000 Zloty Geldstrafe und zur Zahlung einer Entschädigung von 2000 Zloty verurteilt. In der gegen das Blatt eingeleiteten Berufung wurde der Redakteur zu zwei Monaten Gefängnis, 900 Zloty Geldstrafe und zur Zahlung von 2000 Zloty Entschädigung an die Beleidigten verurteilt. — Die Beschlagnahmen beschränkten sich nicht mehr auf die Zeitungen und Zeitschriften, sondern werden jetzt auch schon auf die Lithographien ausgebeugt. Wie die polnische Presse aus Krakau meldet, hat dort ein 17-jähriges Mädchen aus Arbeitsmangel und Mittellosigkeit Selbstmord verübt. Die Beerdigung der Selbstmörderin hatte der Verband der Hausangestellten übernommen, der in der an den Anklagsakten angebrachten Todesanzeige die Wendung gebrauchte, daß die Verstorbene ein Opfer der Arbeitslosigkeit geworden sei. Diese Worte haben die Beschlagnahme der Todesanzeige zur Folge gehabt. Auf diese Weise, so bemerkt dazu der „Robotnik“, hat der Zensur nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch deren tragische Folgen liquidiert. — Eine große Protestversammlung von Vertretern der Oppositionspressen hat in Warschau stattgefunden. Der Antrag war so groß, daß Hunderte keinen Einlaß finden konnten und sich auf der Straße versammelten. Der Leiter der Versammlung, der frühere Ministerpräsident Tuquutt, stellte den Sach auf, daß die Freiheit des Wortes eine Bedingung der Existenz Polens sei. Der sozialistische Senator Strug erklärte u. a., daß heute die Zeitungen nicht nur deshalb beschlagnahmt würden, weil sie falsche Nachrichten brähten, sondern weil sie Nachrichten verbreiteten, die jedem Bürger bekannt seien. Der Redakteur des „Robotnik“, Dubois, stellte fest, daß in den letzten beiden Wochen vier Blätter 132mal und elf Zeitschriften 112mal beschlagnahmt worden wären. Sogar die Photographie eines Zensurs, der sich in einer Redaktion befand und eine Beschlagnahme vornahm, wurde beschlagnahmt. In Warschau gehe das Gerücht, daß ein Bauer, als ihm eine Zeitung mit weißen Stellen gezeigt wurde, geäußert habe: „Dort, wo weiß ist, steht die Wahrheit!“

Dänemark. Obgleich der jetzt geltende Tarif erst zur Jahresende abläuft und noch keine Partei die Kündigung ausgesprochen hat, richtet sich der Kopenhagener Prinzipalsverein auf einen Konflikt ein. Ein großer Teil des weiblichen Kontorpersonals ist aufgefordert worden, das Sehen an der Sechsmaschine zu erkennen, und auch in den Kreisen der technischen Studenten hat man versucht, sich Streikbrecher zu sichern. Um die für die Herstellung der Tageszeitungen unumgänglich notwendigen sachlich ausgebildeten Kräfte zu sichern, ist an Faktoren und kleine Prinzipale ein Zirkular gesandt worden, worin für die Hilfeleistung gute Bezahlung zugesichert ist. Der in Aussicht gestellte Lohn ist mehr als dreimal so viel wie der übliche Durchschnittslohn für tüchtige Arbeiter.

Belgien. Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Erhöhung der Beiträge im belgischen Typographenbund gemäß den Vorschlägen des Zentralverbandes, wie sie im letzten Bericht dargelegt worden sind, vom Landeskongress angenommen worden. Daß diese Erhöhung von vornherein zu niedrig angelegt schien im Vergleich mit den Unterstützungserhöhungen, die man auf Wunsch der Sektion Brüssel zu gleicher Zeit beschloß, ist auch bereits angebeutet worden. Diese Ansicht findet nunmehr ihre Bestätigung in einem Leitartikel des Verbandsorgans, worin Kollege Van Haezenbond an Hand von Ziffern — die man auch wohl selber hätte errechnen können — den unumstößlichen Beweis erbringt, daß es mit der von der diesmaligen Erhöhung des Verbandsbeitrages erwarteten Stärkung des Widerstandsfonds wieder Elfig ist. Zum Beleg seiner These zitiert der Verfasser den allgemeinen Aufwand von 1928, der für das gesamte graphische Gewerbe einen Kostenaufwand von über drei Millionen Franken erforderte. Bei den jetzigen Unterstützungssätzen würde ein Streik von ähnlicher Dauer die Summe von 8 Mill. fr. verschlingen. Eine solche Summe mit dem geringfügigen Betrag von 75 Cts. pro Woche und Mitglied aufzubringen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es wird denn auch wohl nicht mehr lange dauern, bis der Weßbräut der belgischen Kollegen die Einsicht dämmert, daß man übel beraten war, als man den Antrag, gleichförmige erhöhte Beiträge im gesamten graphischen Gewerbe einzuführen, von der Hand wies, obwohl sie im Verbandsrat der Litho-

graphen und Buchbinder in nächster Zeit in Kraft treten werden. Es mehren sich die Stimmen, die eine für allemal eine automatische Anpassung der Beiträge an die Indexziffer verlangen, resp. von den jeweiligen Lohnverhältnissen einen festen Satz von 4 Proz. an die Verbandsstufe abgeführt wissen wollen. Man käme damit an Mißverständnissen vorbei, die jedesmal die Frage der Beitrags-erhöhung — besonders in der Provinz — aufs neue entfaßt. Desgleichen an der oftmaligen Mobilisierung des kostspieligen Apparates der Landeskongresse, die jeweils letzten Endes über die finanziellen Fragen zu befinden haben. Und man hätte das Mittel in der Hand, um die Rücklagen zu schaffen, die man allgemein für nötig hält, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie man sie heute hat, zu verankern und zu gebener Zeit zu verbessern. — Laut Mitteilung der „Fédération Typographique Belge“ verfügt die Penjon-Klasse des Typographenbundes momentan über einen Kasseebestand von 1 177 782 Frs., wovon eine Million bei der Nationalen Gesellschaft für Arbeiterwohnungen angelegt ist. — Daß die Lage des Arbeitsmarktes in Belgien nicht nur für das graphische Gewerbe, sondern auch für die andern Industrien eine günstige ist, wird bewiesen durch einen Beschluß der Regierung, die öffentlichen Fonds für Arbeitslosenfürsorge im nächstjährigen Staatsbudget um 10 Millionen zu kürzen.

Frankreich. Nach langwierigen Verhandlungen ist es nunmehr gelungen, einen neuen Tarif für das Buchgewerbe in den Departementen Haut-Rhin et Bas-Rhin (Elsas) abzuschließen. Die Prinzipalität der Mojelle (Lothringen) hat sich gewelgert, an den gemeinsamen Beratungen teilzunehmen, so daß für dieses Departement, das bisher mit dem Elsas einen einheitlichen Tarif hatte, Sonderverhandlungen notwendig wurden, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Es ist aber kaum anzunehmen, daß jetzt, nachdem die Frage für das Elsas gelöst ist, die lothringischen Tarifverhandlungen noch ernsthaften Schwierigkeiten begegnen könnten. Über die erzielten Ergebnisse mag folgende zusammenfassende Darstellung Aufschluß geben: Ab 1. Januar 1930 stellt sich das Lohnminimum in der höchsten Staffel auf 296,70 Fr., für die andern Klassen werden diese Sätze entsprechend abgestuft. Die Spitzenlohntabelle gründet sich auf einen Lebensmittelpreis von 652; sollte dieser sich zum 15. Dezember 1929 nach oben oder unten verändern, so wird das entsprechende Plus oder Minus noch in Rechnung gestellt. Eine gemischte Kommission wird vierteljährlich den Stand der allgemeinen Teuerung prüfen und aus dem Ergebnis dieser Prüfung die Grundzahl für die Errechnung des Lohnes festsetzen. Das Verfahren ist zwar etwas kompliziert, aber warum soll man, sagt der „Travailleur du Livre“, eine Sache einfach machen, wenn es kompliziert auch geht. Die Familienzulagen bleiben in vollem Umfang wie bisher bestehen. Ein wesentlicher Fortschritt ist die grundsätzliche Festsetzung der Ferien im Tarif. Mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die bisher gewährten Ferien nicht verkürzt werden, wurden als tarifliches Recht folgende Ferien gewährt: Nach einem Jahr Geschäftszugehörigkeit 3 Tage Ferien; nach drei Jahren 4 Tage; nach vier Jahren 5 Tage; nach fünf Jahren 6 Tage. Im Prinzip gilt, daß die Ferien in einem Male zu gewähren sind. Kleinen Betrieben mit beschränktem Personal wurde

die Erleichterung eingeräumt, die Ferien eventuell in zwei Zeilen zu absolvieren. Die Neuregelung der Lehrlingskata hat ebenfalls einen Fortschritt gebracht. Die Lehrlings-einstellung regelt sich für Sechserlehrlinge in Zukunft wie folgt: Bis zu 3 Gehilfen ein Lehrling; auf 4—8 Gehilfen 2 Lehrlinge; auf 9—15 Gehilfen 3; auf 16—24 Gehilfen 4; auf 25—32 Gehilfen 5; für je 10 weitere Gehilfen ein Lehrling mehr. Die frühere Regelung sah vor: bis zu 3 Gehilfen ein Lehrling; auf 4—7 Gehilfen 2 Lehrlinge; auf 8—12 Gehilfen 3; auf 13—18 Gehilfen 4; auf 19 bis 24 Gehilfen 5; auf 25—30 Gehilfen 6; für je 9 weitere Gehilfen ein Lehrling mehr. Für die Druckerlehrlinge gilt folgende Skala: Bis zu 8 Gehilfen ein Lehrling; auf 4—8 Gehilfen 2 Lehrlinge; auf 9—15 Gehilfen 3; auf 16—24 Gehilfen 4; auf 25—32 Gehilfen 5; für je 10 weitere Gehilfen ein Lehrling mehr, während die alte Tabelle folgendermaßen lautete: Bis zu 2 Gehilfen ein Lehrling; auf 3—5 Gehilfen 2; auf 6—9 Gehilfen 3; auf 10—14 Gehilfen 4; auf 15—20 Gehilfen 5; für je 9 weitere Gehilfen ein Lehrling mehr. Die Arbeitszeit, einschließlich etwaiger Überstunden, darf die Zeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends nicht überschreiten. Nachtarbeit für Lehrlinge ist überhaupt unzulässig. Die beiden ersten Überstunden werden mit 25 Proz. Aufschlag vergütet. Die dritte und die folgenden Stunden mit 50 Proz. Die Maschinen-seherzulage (heute 15 Fr. auf das Handseherminimum) wurde auf 7 1/2 Proz. festgesetzt. Die Antrittsgebühr zur Herstellung von Montagesetzungen auf 20 Fr. erhöht. Der Vertrag wurde auf eine Dauer von drei Jahren abgeschlossen. Die Prinzipale wollten eine fünfjährige Tarifdauer. — Im innerfranzösischen Verbandsleben ist in bezug auf Lohnbewegungen eine verhältnismäßige Stille eingetreten. Demgemäß verzeichnet der Finanzbericht einen starken Rückgang der Beträge für Streikunterstützung. — Die Sektion Paris meldet ein Anwachsen der Arbeitslosen ziffer und bittet die Arbeitsuchenden, sich nicht nach Paris zu begeben.

Großbritannien. Der Beschäftigungsstand im englischen Buchdruckgewerbe ist für die jetzige Jahreszeit als nur mittelmäßig zu bezeichnen. Aus einer Statistik des Arbeitsministeriums war ersichtlich, daß von 253 640 versicherten Personen im Buchdruck- und im Buchbinder-gewerbe Britanniens und Nordirlands 10 880 Personen (darunter 6808 männliche und 3852 weibliche Gehilfen) vor kurzem gänzlich unbefähigt waren. Laut dem Bericht der Londoner Sehergesellschaft für den vorigen Monat war eine Durchschnittszahl von 400 bis 450 Sehern in ihrem Bereiche gänzlich unbefähigt. Ähnlich ist das Verhältnis in der Provinz und in Schottland. Als Zeichen der gewerkschaftlichen Entwicklung während der letzten 15 Jahre, also vom Jahre 1913 bis 1928, im Papier-, Buchdruck- und graphischen Gewerbe Britanniens ist noch eine weitere Statistik des Arbeitsministeriums von Interesse. Laut dieser betrug die Mitgliederziffer der betreffenden Vereine im Jahre 1919 91 000, wovon 84 000 männliche und 7000 weibliche Gehilfen waren. Das Jahr 1928 war offenbar das Gipfelpunkt der gewerkschaftlichen Entwicklung in den graphischen Gewerben, da damals die Mitgliederziffer bis auf 227 000 stieg, nämlich 155 000 männliche und 72 000 weibliche Personen. Wie bekannt, war 1928 das Jahr des Generalstreiks in Britan-nien. Daraus resultiert, wie zu erwarten war, ein

bedeutendes Herabfallen der Mitgliederzahlen. Die Ziffern für 1927 und 1928 sind fast beinahe gleichgeblieben, nämlich, im ganzen 181 000 Mitglieder beider Geschlechter. Es gab im Jahre 1928 im Buchdruckgewerbe und in den verwandten Gewerben Britanniens nicht weniger als 27 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 180 803 Personen, nämlich 140 950 männliche und 39 853 weibliche. Die Ziffern des Jahres 1928 zeigen eine kleine Verminderung im Vergleich zu jenen des vorigen Jahres. — Im Werkdruck betriebe gibt es nichts Neues zu berichten. Alles geht seinen gewöhnlichen Gang. Neben dem Problem des Invalidenunterstützungswesens, das in der Typographical Association (Provinzverband) eine Rolle spielt und von einem hervorragenden Mitglied der Verbandsleitung als gefährlich bezeichnet wurde, lassen die Beziehungen zwischen Zeitungsarbeitern und Verbandsleitung in der englischen Presse viel zu wünschen übrig. Das Ziel der ersten genannten, nämlich eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 1/2 Tage wöchentlich für Tagesarbeit und elf Nächte in 14 Tagen für Nachtarbeit, mit voller Bezahlung dafür, scheint ebenso unerreichbar zu sein wie früher. Die Verleger behaupten, daß die Forderung dieser Arbeitszeit gegen den Geist des Nationalabkommens über Lohn und Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe der englischen Provinz verstoße, und es scheint, als ob dieses Abkommen ein unüberwindliches Hindernis bildet gegen die Verwirklichung der Pläne der 3—4000 Zeitungsarbeiter der Provinz. Die Mitglieder der Typographical Association find. Die Unzufriedenheit im Betriebe glauben, daß die gewerkschaftlichen Kader für sie zu langsam lausen, und sie wollen versuchen, ihren Gang zu beschleunigen. Zu diesem Zweck findet gegenwärtig eine Abstimmung unter den Mitgliedern statt mit der Absicht, die Meinung der Mitglieder zu erkunden und damit auf den Vorstand einen stärkeren Druck auszuüben. Die Dubliner Zeitungsarbeiter sind glücklicher gewesen als ihre Kollegen in England. Auch sie wollten eine Verkürzung der Arbeitszeit und drohten, die Arbeit einzustellen. Es kam jedoch nicht zum offenen Kampf, sondern zu einer Vereinbarung, nach der während sieben Monaten im Jahre, also vom 1. Oktober bis 30. April, die erwünschte Verkürzung der Arbeitszeit in Kraft tritt. Während der Ferienmonate, also vom Anfang Mai bis Ende September, gilt die frühere Arbeitszeit. Auf diese Weise sind beide Seiten befriedigt.

Jahrestagung der amerikanischen Gewerkschaften

Der in der dritten Oktoberwoche d. J. abgehaltene Kongress der American Federation of Labor (A. F. of L.) zeigte deutliche Anlässe einer Wiedererwachung der organisierten amerikanischen Arbeiterwelt. Das ist um so erfreulicher, als sich dort seit 1919 eine gefährliche Strömung reaktionärer Art bemerkbar machte. Auf allen Gebieten der Arbeiterpolitik zeigten sich Spuren des Gegenwärtigen zwischen der Arbeiterbewegung Europas und Amerikas. Während Europas organisierte Arbeiterchaft sich bemühte, mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes die soziale Gesetzgebung zu befruchten, lehnte die A. F. of L. jede Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt ab. Nicht

Soziale Eindrücke in England

Eine kurze Studienreise in ein fremdes Land genügt nicht, um die sozialen Probleme des betreffenden Landes in ihrer Totalität erfassen und beurteilen zu können. Selbst bei sorgfältigster Zeiteinteilung und Vorbereitung kann man solche Fahrten nur bis zu einem gewissen Grade ergiebig gestalten. Trotzdem rechtfertigt die Fülle der neuartigen Eindrücke und Erfahrungen die Tatsache der Wertvolligkeit.

Vorerst ein Wort zu der Frage, die uns bei unserer Rückkehr oft gestellt wurde, welche Stimmung gegenüber Deutschland uns drüben begegnet sei. Man kann nur sagen, daß wir als Deutsche niemals auf nur auf die geringsten Schwierigkeiten gestoßen sind; im Gegenteil wurden wir in vielen Fällen ganz deutlich zum Anlaß besonderer Freundlichkeit und Aufmerksamkeit. Die Spuren der Kriegspolyphe scheinen vollständig verwischt zu sein. Es ist insbesondere kein Zweifel, daß die gegenwärtige Regierung mit ihrer Haltung gegenüber dem Problem der Nebenländerung nur der Stimmung des ganzen Landes Ausdruck verleiht. Überhaupt konnte man als Sozialist und Pazifist eine ganz besonders erfreuliche Feststellung machen in bezug auf die Stellung des Engländern zu Krieg und Frieden. Wo immer wir uns in England auch bewegten, überall begegneten wir selbstverständlichem Interesse an der Friedensfrage. Aus all den zahlreichen Gesprächen, die wir mit Leuten aus dem werktätigen Volke zu führen Gelegenheit hatten, klang eine deutliche und absolute Kriegsgegnerschaft heraus. „No more war“ (Nie wieder Krieg) ist in England zum geflügeltesten Wort geworden und tief im Bewußtsein der breiten Massen verankert. Hierfür nur ein Beispiel: Genau wie in Deutschland werden auch drüben große Feuerwerke zur Volksbegeisterung veranstaltet. Wir wohnten einem solchen im Londoner Kristallpalast bei. Dasselbe wurde von einer privaten Gesellschaft arrangiert und hatte für deutsche Verhältnisse zirkuläre Ausmaße. Jede Leistung wurde mit dem entsprechenden Beifall quittiert. Kurz vor Schluß wurde eine Szene dargestellt, bei der zwei deutsche Zeppeline Bomben über

dem Häusermeer einer englischen Stadt abwarfen. Ein Lärm und Krach ohnegleichen, ein Gischen und Zischen, als wenn man tatsächlich im Kriege wäre. Mehrere englische Schlachtschiffe beschossen längere Zeit die Luftschiffe und hielten sie dann auch herunter. Ein wunderlicher Anblick und auch technisch zweifellos eine herozerregende Leistung, aber sie wurde von der ungeheuren Menschen-masse fast beifallslos hingenommen, eben weil sie mit dem Motiv der Darstellung nicht einverstanden war. Und das alles in einem Lande, das den Krieg gewonnen hat. Mit Wehmut muß man an die deutschen Verhältnisse denken. Bei uns scheint die militaristische Gesinnung und die Vorliebe für militärische Beibehaltung nicht aussterben zu wollen. Der Nationalismus mit seinen üblichen Auswirkungen schießt immer noch läppig ins Kraut, es sei nur an die Tagung der sogenannten „Nationalsozialisten“ in Nürnberg erinnert. Hier können wir noch viel, sehr viel von den Engländern lernen. England ist das Mutterland der parlamentarischen Demokratie und hat als solches im Laufe einer langen Entwicklung vornehmere Methoden des politischen Kampfes herausgebildet, als wie wir sie in Deutschland aufzuwählen haben; jedoch ist es unser Trost und unsere zuverläßliche Hoffnung, daß auch wir in Deutschland bei längerer Gewöhnung mehr Gebrauch von den uns durch die Weimarer Verfassung verbürgten demokratischen Rechten manchen lernen und die politischen Kinderkrankheiten des Nationalismus überwinden. Es wird Zeit.

Was nun wirtschaftliche und soziale Fragen anbetrifft, so steht England ebenso wie Deutschland vor sehr ersten und bisher ungelösten Problemen. Die außerordentlichen Verschleppungen auf dem Weltmarkt als Folgen des Krieges mußten ein Land, das noch mehr als Deutschland exportierendes Industrieland mit kaum nennenswerter agrarischer Basis ist, außerordentlich empfindlich treffen. In der Tat ist noch gegenwärtig die Lage der für Großbritannien so wesentlichen Industrie des Schiffbaues, der Baumwollspinnerei und -weberei sowie vor allem des Kohlenbergbaues höchst beunruhigend. War auch die Gesamtbeschäftigung Großbritanniens im vergangenen Winter verhältnismäßig nicht höher als die unseres Landes, so

unterscheidet sie sich doch dauernd von dieser durch die außerordentlich hohen Ziffern der für lange Zeit Arbeitslosen. Vor allem im Kohlenbergbau ist es offenbar so, daß ein sehr erheblicher Prozentsatz der vor dem Kriege Beschäftigten aller Voraussicht nach nie wieder im Bergbau Beschäftigung finden wird. Sie hatte Gelegenheit, mit organisierten Bergarbeitern aus Südwales über diese Verhältnisse zu sprechen. Sie erzählten, daß in einem der Kohlenfelder von Südwales seit Jahren ein volles Drittel der Bevölkerung erwerbslos ist. Eine Fülle von jungen Leuten bis in die zwanzigste Jahre hinein hat überhaupt noch nie Gelegenheit zu Arbeitsverdienst gehabt. Alle Versuche zur Verpflanzung der Bergarbeiter in andre Industrien, zur Schulung junger Leute aus diesen Bezirken für Landarbeit in Kanada und Australien haben nur einen sehr bescheidenen Erfolg gehabt.

Die englische Arbeitslosenversicherung entspricht ungefähr der deutschen. Während bei uns die Erwerbslosen nach Ablauf einer bestimmten Frist von der Krisenfürsorge übernommen werden, werden sie in England nach einer bestimmten Zeit ausgesteuert. So ist ein ganz erheblicher Teil auf freiwillige Wohlfahrtspflege angewiesen. Es wird sehr viel in ganz England für die Arbeitslosen gesammelt, aber es ist nur zu klar, daß auch große private Opferwilligkeit, wie sie gerade für die Vergleute gelbt wird, einer Massennot dieses Umfangs nicht Herr zu werden vermag. Öffentliche Wohlfahrtsmittel kommen nur sehr beschränkt zur Verwendung, da das „Poor law“ (Armengesetz) Unterstützung nur für den Fall der Arbeits-unfähigkeit gewährt, der natürlich bei der Mehrzahl der Vergleute nicht vorliegt. Tag für Tag sieht man in den Straßen Londons wallische Vergleute in singenden und musizierenden Gruppen, kräftige Männer in abgeriffener Kleidung, die sich auf diese Weise durch das Leben zu schlagen versuchen.

Wie weit die vom Bergarbeiterverband vorgeschlagene Verlängerung der Schulpflicht und Herabsetzung des Pensionsalters von 65 auf 60 Jahre eine wirkliche Lösung der hier aufgeworfenen Fragen bedeuten kann, ist schwer zu sagen. Der Bergarbeiterverband hat übrigens durch

nur allein das, man weigerte sich auch, sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen, und verzögerte so die Stöckkraft der Internationale der Arbeit. Die Gründe des Gegenjahres lagen nach Auffassung der Führer der A. F. of L. teilweise in der Verschiedenheit „des Weges“. So waren die Amerikaner gegen jede Form der Sozialgesetzgebung, verwarfen sogar das System der staatlichen Arbeiterversicherung. Wollten aus von einer staatlichen Erwerbslosenversicherung nichts wissen.

Der diesjährige Kongreß machte den Eindruck, als gäbe er einen Trennungstich zwischen sich und der Vergangenheit. Freudig begrüßt der „New Leader“, das Organ der amerikanischen Sozialisten, diesen Umschwung, der sich in vier Punkten offenbart: 1. Die Antwort des Präsidenten William Green an den Führer der amerikanischen (militärischen) Legion. 2. Die Aussprache über eine staatliche Altersversicherung. 3. Die enthußastische Stimmung, die den Kongreß angeht. 4. Die Bekanntheitmachung der Organisation des industriellen Südens kraftvoll in Angriff zu nehmen. 5. Der enthußastische Empfang, der Ramsay MacDonald, Englands Premierminister, zuteil wurde.

Dem Führer der amerikanischen Legion, der dem Kongreß als Gast beizuwohnen und in seiner Begrüßungsrede Propaganda für ein Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht machte, antwortete Präsident Green: „Ich erachte es als meine Pflicht, dem Kommandanten (der Legion) unsere Stellung klar zu machen, da sich die Ideologie der Kongreßteilnehmer zu derjenigen der Legion im diametralen Gegensatz befindet. Wir können uns nicht zum Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht bekennen. Ich spreche wohl im Namen des gesamten Kongresses, wenn ich betone, eine Gesetzgebung dieser Art steht im Widerspruch mit den Gesetzen der organisierten Arbeiterschaft. Es wäre doch sehr sonderbar, wenn es anders wäre. Wir können uns doch nicht für den Weg der Kriegsvorbereitungen entschließen, im Augenblick, wo wir entschlossen sind, uns für den Frieden einzusetzen. Wir wissen doch, im Kriege will man sich bis zur Grenze des Verbrechensbereichs bereichern.“ Die Abgabe an die Militärinteressen konnte nicht deutlicher sein. Daß William Green einem Gast eine solche Abfertigung zuteil werden ließ, zeigt den sich in Amerika vollziehenden geistigen Umschwung.

Zum Thema Altersversicherung brachte Viktor O. Nlander vom Seemannsverband folgende Entschlüsselung ein: „Wir sind der Meinung, der Vorstand der A. F. of L. soll der Legislative im kommenden Jahre den Entwurf einer staatlichen Altersversicherung unterbreiten und betonen, daß die Lösung dieses Problems von dringender Notwendigkeit ist. Gleichzeitig mit der parlamentarischen Aktion soll im Lande eine kraftvolle Agitation zugunsten der Vorlage eingeleitet werden.“ Belämpft wurde der Antrag von F. Frey. „Wenn schon eine große Aktion in die Wege geleitet werden soll“, so meinte er, „sei es von noch größerer Wichtigkeit, für die Beseitigung der Gesetzgebung der Einheitsbeschele (bei Streiks) einzutreten und dafür, daß der Ungehör des „gelben Hund Kontrakt“ verschwindet.“ („Gelber Hund Kontrakt“ ist die Bezeichnung für Werkskontrakte, wodurch der Arbeiter verpflichtet wird, sich weder an einem Streik zu beteiligen, noch Mitglied der Gewerkschaft zu werden.)

Das große Ereignis während des Kongresses war die mutige Verteidigung des Prinzips der gesetzlichen Alters-

versicherung durch Mathew Wolf, Vizepräsident der A. F. of L., der bis jetzt als der stärkste Gegner der sozialen Arbeiterversicherung galt. Auch der Präsident William Green unterstützte den Antrag, der fast einstimmig angenommen wurde, aufs wärmste. Zu bemerken wäre noch, daß es sich hier nicht um einen Augenblickserfolg handelt, da alle Anträge und Entschlüsselungen erst vom Kongreßauschuß durchberaten werden. Der Antrag wurde von diesem Ausschuß zur Annahme empfohlen.

Von größtem Interesse erwies sich die Aussprache über den Antrag zur Entfaltung einer großangelegten Agitation in den Südstaaten. Zweifellos hat die A. F. of L. in der Vergangenheit hier an Weisheit fehlen lassen, was nun gutgemacht werden soll. Das ist höchst erfreulich. Spotten doch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Textilindustrie in den Südstaaten jeder Beschreibung. Unter der Führung von Thomas F. Mc. Mahon plädierte die Delegation der Textilarbeiter dafür, der Entschlüsselung, die eigentlich nur eine Sympathieerklärung war, Form und Inhalt zu geben. Er beantragte die Einberufung einer Konferenz zur Vorbereitung der einzuleitenden Agitation. Unterstützt wurde die Textildelegation durch Andrew Furness von den Seeleuten; W. C. Birchright von den Friseurern; Matilda Lindsay von den Federalbehebten und Margaret Bowen, einer jungen Delegierten der Textilarbeiter Elizabethton, Tennessee (Südstaaten).

Die Rednerin erzeugte einen nicht endenwollenden Enthusiasmus mit ihrer Rede im Kongreß. Der Organisationsausschuß des Kongresses beantragte, die Konferenz solle vom Präsidenten der A. F. of L. einberufen werden. Nachdem alle diesbezüglichen Anträge angenommen, erklärte der Präsident, die Konferenz solle innerhalb 30 Tagen zusammentreten, und zeigte durch diese Initiative, daß er gesonnen sei, den Wünschen des Kongresses entsprechend schnellstens zu handeln.

William J. Canavan von den Bühnenarbeitern beantragte, der Kongreß solle dem Plan eines Kampffonds von einer Million Dollars zur Finanzierung der Kampagne in den Südstaaten zustimmen, der von den angeschlossenen Verbänden durch Extrabeitrag aufzubringen sei. Auf Vorschlag Greens wurde dieser Antrag der kommenden Konferenz überwiesen. Recht amerikanisch war das Borgehen des Präsidenten, der aus eigenem Ermeßen eine dreigliedrige Kommission ernannte, die mit den Vorständen der angeschlossenen Verbände wegen der notwendigen Geldmittel zur Vorbereitung der Konferenz in Verbindung treten wird. Auch sonst weist der Kongreß im Vergleich zu einem europäischen gar große Unterschiede auf.

In politischer Hinsicht hielt der Kongreß an hergebrachten Schindrian fest: ohne Debatte wurde beschlossen, bei den nächsten Wahlen für die bürgerlichen Kandidaten zu stimmen, die arbeitereunlich sind. (Das nennt man in Amerika „politisch neutral“ sein.) Für eine selbständige Arbeiterpartei ist man noch nicht zu haben. Bemerkenswert war auch, daß der Vertreter einer bürgerlichen Lokalsektion eine Rede halten durfte. Die Delegierten sollten beißfall, als dieser erklärte, er unterstütze die Sache der Arbeiter — wahrscheinlich nach jenem berühmten deutschen Rezept „so wie ich es verstehe“. Und trotzdem herrschte auf diesem Kongreß ein neuer Aufzug, und das ist das Erfreulichste.

B. Weinga r h.

Zur Arbeiterfrage in Polen

„Das wirtschaftliche und regierungspolitische Bild ist gegenwärtig für die Arbeiterklasse außerordentlich bedrohlich. Im wirtschaftlichen Leben herrscht eine sich ständig verschärfende Stagnation, besonders in der Textilindustrie, im Baugewerbe und in der Metallindustrie. Der Niedergang dieser Industrien zieht naturgemäß auch in allen anderen Industriezweigen wirtschaftliche Krisen nach sich. Für die Arbeiterschaft entstehen daraus ungemein schwere Folgen. Die Arbeitslosigkeit wütet und erfährt immer größere Arbeitermassen. Kurzarbeit, Arbeiterentlassungen sind in den wichtigsten und größten Produktionsstellen auf der Tagesordnung. Die Löhne sind so elend niedrig, daß sie kaum den notwendigen Lebensunterhalt decken. Eine hemmungslose Teuerung der unentbehrlichen Lebensmittel darf sich strafflos breitmachen. Die Arbeitergesetzgebung ist fast vollständig zum toten Buchstaben geworden. Der gesetzliche Achtundzigtage ziert meist nur noch das Papier. Verlangen die Arbeiter den ihnen gesetzlich zustehenden Urlaub, fliegen sie meist auf die Straße. Geleitete Überstunden werden in einer ganzen Reihe von Unternehmen nicht entschädigt. Selten gibt der englische Sonnabend, selten auch wird er wie die andern Arbeitstage voll bezahlt.“

Infolge des ererbtenen Bauwesens muß die Arbeiterschaft in geradezu menschenunwürdigen Wohnungen hausen. Dabei besteht in absehbarer Zeit keine Hoffnung auf Besserung dieser Verhältnisse. Die Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten, besonders der unteren, sind tief unter das Existenzminimum gesunken. Zum Überflus belegt der Staat diese elenden Löhne und Gehälter mit einer empfindlichen Einkommensteuer. Diese für die Arbeiterschaft äußerst ungünstige Situation mißbraucht die bürgerliche Klasse zu weiteren Unterdrückungsmagnahmen, zur Beschneidung der sowieso erschredend niedrigen Löhne, zur Bekämpfung der sozialen Gesetzgebung und der Arbeiterorganisationen, die heute die einzige Schutzwehr gegen kapitalistische Anmaßung sind. Diese Attäde der Fabrikanten, Händler und Junker wird mit vielerlei Arten und Mitteln geführt. Da werden vor allem die Verbandsfunktionäre geschurigt und auf die Straße geworfen. Aussperrungen werden mutwillig inszeniert. Die Arbeitslosenunterstützung wird geboßelt durch Minderung des Unternehmerbeitrags. Der Entwurf eines Altersversicherungsgeheß wird verwässert und verschleppt. Schließlich wird auch die Notunterstützung den Arzten der Armen, den ausgesteuerten und nicht unterstützungsberechtigten Erwerbslosen, völlig entzogen.

In diesem Kampfe gegen die Arbeiterklasse dürfen die Kapitalisten auf weitgehende Hilfe der Regierung rechnen. Das geschah zum Beispiel bei der Altersversicherung und bei der Notunterstützung. Günstigenfalls bleibt die Regierung untätig, wie bei Aussperrungen, bei Übertretungen der Sicherheitsvorschriften, des gesetzlichen Achtundzigtages usw.

Das ist aber nicht alles. Die Regierung will die Abwehskraft der Arbeiterklasse dadurch untergraben, indem sie die von Arbeitern geleiteten Körperchaften auflöst, die Krankenkassen zerschlägt, fachliche Berufsverbände gründet, Arbeiter und Behörden demoralisiert, die besitzende Klasse mit Steuern verschont und auf die erwerbsfähige Klasse abwälzt.

den Generalkrieg von 1926 erhebliche Mitgliederverluste erlitten, was auch die Kampfkraft dieses Verbandes in Zukunft beeinträchtigen dürfte.

Ebenso wie im Bergbau liegt die Situation in manchen anderen Industrien, wie im Schiffbau, in Baumwollspinnereien und -webereien. Kein Wunder, daß die Arbeitslosenfrage zu einer der zentralen Fragen des Wahlkampfes wurde. Die Arbeiterregierung hat jedenfalls klug daran getan, daß sie den Eisenbahnerführer Thomas mit der Verschönerung eines wesentlich dekorativen Postens im Kabinett für die Beratung dieser Fragen freigestellt. Ihf Gesicht wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sie neben den außenpolitischen Aufgaben dieses Problems Herr zu werden vermag. Der eben in der Baumwollindustrie auf der Grundlage der schweren wirtschaftlichen Depression auch dieses Gewerbezweiges ausgebrochene und inzwischen beendete Lohnkampf und das Verlangen der arbeitenden Bergleute nach Kürzung ihrer Arbeitszeit sind geeignet, die Probleme der englischen Wirtschaft in ihrer ganzen Schwere und Kompliziertheit aufzurollen und an die Weisheit der Regierung erhebliche Anforderungen zu stellen.

In dieser Stelle seien einige Bemerkungen über eine Frage eingeschaltet, die naturgemäß das ganz besondere Interesse der deutschen Arbeiterschaft hat, die Frage nach dem Lebensstandard des englischen Volkes und vor allem seiner Arbeiterschaft im Vergleich, mit dem deutschen. Wenn einem irgend etwas schwerfällt, so ist es die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit jedes Vergleiches. Es ist unmöglich, weil Lebensgewohnheiten und Lebensansprüche in beiden Ländern völlig verschieden sind. Ich bin überzeugt, daß jeder Deutsche sehr bald nach dem Betreten englischen Bodens, Londons zumal, vorausgesetzt, daß er überhaupt auf solche Dinge achtet, zunächst den Eindruck gewinnt, daß er in ein Land mit viel und großer Armut gekommen ist. Er würde bei einer Wanderung durch ganz Deutschland nicht so viel Menschen in abgerissener Kleidung sehen wie in London allein. Dabei ist hier nicht von den besonderen Elendsbildern alter, gänzlich verwahtloser Menschen die Rede, die jede Großstadt in irgendeinem

Maße bietet. Dazu würde sich bald der Eindruck der unfreundlichen und durchweg äußerst schmutzigen Arbeiterquartiere gesellen. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß die Industriekulturierung und damit auch die Entkennung der Arbeiterquartiere mindestens 50 Jahre früher begonnen hat als bei uns. Das Wohnungsproblem ist in England nicht zuletzt ein Problem zwar vorhanden aber gänzlich unzulänglicher Wohnungen. Es gibt deshalb viele Gesellschaften zur Verbesserung alter Wohnhäuser. Das ergibt natürlich keine „schönen“ Häuser oder Bezirke, aber es genügt dem nächsten Bedürfnis. Und doch wäre es zweifellos ein Trugschluß, wenn allein auf Grund solcher Eindrücke von dem Vorhandensein größerer Armut in breitesten Kreisen des britischen Volkes gesprochen würde, als wir sie bei uns finden, oder gar von einem niedrigeren Lebensstandard im ganzen.

Es scheint einfach eine Tatsache zu sein, daß der „gemeine Mann“ in England auf sein Äußeres in jedem Sinne weniger Wert legt als der Deutsche. Die Sorgfalt, die der deutsche Arbeiter und vor allem die deutsche Arbeiterfrau selbst bei schmalem Verdienst auch auf den Arbeitsanzug verwenden, ist ungleichmäßig im ganzen drüben etwas Fremdes. Die Lebensgestaltung, vor allem im Blick auf die Ernährung, ist unter der Voraussetzung englischer Löhne mindestens so billig wie in Deutschland. So wundert die bekannte reichliche und kräftige, wenn auch unserm Geschmack wenig zuzugende Ernährung auch in den breitesten Schichten nicht. Aber Lohnverhältnisse in den einzelnen Berufen konnte ich kein klares Bild gewinnen. Nur so viel weiß ich, daß die „printer“ (Buchdrucker) weitaus an der Spitze marchieren und doppelt so viel und noch mehr als die Bergarbeiter verdienen. Es dürfte an dieser Stelle auch interessieren, daß die Wehzeit des Buchdruckers in England sieben Jahre beträgt, eine unglücklich lange Zeit. — Doch genug, es ist schwer zu vergleichen. Es ist mir zweifelhaft, ob der deutsche Arbeiter mit dem englischen Arbeiter, auch wenn dieser für die gleiche Arbeitsleistung höher bezahlt würde, tauschen möchte; ebenso große Zweifel dürften aber auch für den umgekehrten Fall be-
rechtigt sein.

Die Schlußbetrachtung gibt der politischen Arbeiterpartei in England, der Labour Party. Wir alle konnten noch vor kurzer Zeit ihren großen Sieg über Konservative und Liberale erleben und bejubeln. Dabei ist die Labour Party eine verhältnismäßig junge Partei. Sie wurde im Jahre 1900 gegründet und hieß damals Labour Representation Committee (Komitee für Arbeitervertretung). 1900 konnte das Komitee lediglich die Wahl von zwei ihrer Mitglieder ins Parlament erreichen. Anlässlich der Neuwahlen des Jahres 1906 änderte das Komitee seinen Namen in „Labour Party“ um. Die meisten Gewerkschaften hatten in der Zwischenzeit ihren Beitritt vollzogen. Von 1906 an nahm die Labour Party den politischen Kampf, als eine selbständige Partei mit einer durchaus selbständigen Politik auf. 1906 hatte die Partei schon 29 Sitze im Parlament, wozu in den Jahren 1909/1910 mehr als ein Duzend Bergarbeiterabgeordnete hinzukamen. Mit dem Trade Union Act (Gewerkschaftsgesetz) von 1906 erlangte die Labour Party ihren ersten großen parlamentarischen Erfolg. Mitten in diese Entwicklung plakte der Krieg herein. Der Krieg verließ der Politik der Arbeiterpartei ein vier Jahre hinaus ein verändertes Gesicht. Seit dem Kriege hat sich die Stellung der Arbeiterpartei vollständig geändert. Im Jahre 1924 hat die Arbeiterpartei für kurze Zeit die Regierungsgeschäfte geführt. Im letzten Sommer ist die Labour Party wiederum als die größte Partei, aber ohne absolute Mehrheit, aus dem Wahlkampf ins Parlament zurückgekehrt. Wiederum ist die kleine Minorität der Liberalen das Zünglein an der Waage. Schwierigkeiten taktischer Natur sind unvermeidlich. Werden diese Schwierigkeiten jedoch überwunden, so kann man bei den nächsten Wahlen mit einiger Sicherheit auf eine unabhängige Mehrheit für die Arbeiterpartei hoffen. Augenpolitisch hat die Arbeiterpartei während ihrer kurzen Regierungsjahre schon bedeutende Erfolge errungen. Man denke an Snowden und Henderson im Haag und MacDonald in Amerika. Die englische Arbeiterpartei ist jedenfalls mit Recht von einem großen Glauben an ihre Zukunft besetzt.

G l e n.

G. Ungerer.

